

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.210.490

Wien, 12.5.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche **parlamentarische Anfrage Nr. 5809/J** der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA und weiterer Abgeordneter vom 16.03.2021 **betreffend Anzahl der nicht krankenversicherten Personen in Österreich** wie folgt:

Frage 1:

- *Wie viele Personen leben momentan in Österreich ohne eine aktive Krankenversicherung?*

Ich gehe davon aus, dass der in der Anfrage verwendete Terminus „aktive Krankenversicherung“ nicht ausschließlich einen Versicherungsschutz durch die gesetzliche soziale Krankenversicherung meint, sondern die Frage vielmehr die Gruppe all jener Personen adressiert, welche keinerlei Absicherung gegen Krankheit aufweisen.

Neben der Absicherung im Rahmen der gesetzlichen sozialen Krankenversicherung (2020 – rund 8,8 Mio. Anspruchsberechtigte – siehe die beiliegende Tabelle mit der Aufschlüsselung der Durchschnittswerte 2015 bis 2020) wäre hier nämlich beispielsweise auch an eine Absicherung durch Krankenfürsorgeeinrichtungen der Länder, durch private

Versicherungsträger (für den Bereich der kammerangehörigen Freiberufler/innen) oder aber auch an die gesetzliche Absicherung von Grundwehrdienern oder auch Häftlingen zu denken.

Eine exakte Erfassung aller jener Personen, die in diesem Sinne keinerlei Absicherung gegen Krankheit aufweisen, ist daher nicht möglich.

Im Rahmen einer Studie (Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich (sozialversicherung.at)) wurde für das Jahr 2015 allerdings eine Zahl von im Jahresdurchschnitt rund 4.000 (0,0% der Wohnbevölkerung) bzw. zum Stichtag Jahresende rund 27.000 Personen (0,3% der Wohnbevölkerung) erhoben.

Frage 2:

- *Wie lange sind diese Personen durchschnittlich ohne Krankenversicherung?*

Von jenen Betroffenen, die bereits früher über eine Krankenversicherung verfügten, weisen etwa 22% Phasen von maximal sechs Monaten, 37% von ca. einem Jahr, 13% von ca. zwei Jahren, 15% von ca. drei bis fünf Jahren und 13% von sechs oder mehr Jahren ohne Krankenversicherung auf. Insgesamt handelt es sich bei der Dauer einer Nicht-Versicherung zu einem erheblichen Teil also um Perioden von zumindest einem Jahr.

Fragen 3 und 4:

- *Auf welchen Zählungen, Schätzungen etc. beruhen Ihre Zahlen?*
- *Wie oft und über welchen Zeitraum werden diese Zahlen erhoben?*

Die beiliegende Aufstellung der in der gesetzlichen sozialen Krankenversicherung versicherten und anspruchsberechtigten Personen ist eine Auswertung aus der Anspruchsberechtigtdatenbank des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger.

Ich verweise auf folgende Informationen: „Statistische Daten aus der Sozialversicherung - Versicherte, Pensionen, Renten - Jahresergebnisse 2020“ Tabelle 3.

<https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.853001&portal=svporta>
!

Bezüglich der übrigen Zahlen darf auf die zur Frage 1 zitierte Studie verwiesen werden.

Frage 5:

- *Aus welchen Gründen sind diese Personen nicht selbst versichert?*

Der o.a. Studie zufolge werden als häufigster Grund für das Fehlen eines Krankenversicherungsschutzes die Nicht-Erwerbstätigkeit ohne Anspruch auf AMS- oder Sozialhilfe/Mindestsicherungsleistungen bei nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft angegeben, gefolgt vom Status als Tourist/in bzw. der Angabe „auf Besuch“ oder auch zum Zweck medizinischer Behandlung in Österreich zu sein sowie fehlender Aufenthaltstitel und Probleme beim Asylstatus (kein Bescheid, Status noch nicht aktiv, keine Grundversorgung).

Als weniger häufige Gründe werden etwa Arbeitsplatzverlust, Arbeit nicht möglich (Pflege, Krankheit, Arbeitsunfall, Schwangerschaft), Verlust der Angehörigeneigenschaft verloren (Scheidung/Trennung, Angehörigeneigenschaft bei Elternteil verloren) oder administrative Gründe genannt.

Frage 6:

- *Welche Maßnahmen werden seitens Ihres Ministeriums getroffen, um der steigenden Anzahl nicht krankenversicherter Personen entgegenwirken zu können?*

Personen, die aufgrund der Umsetzung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes in den Ländern aufgrund fehlender Auffangmöglichkeiten (Härtefallklausel) derzeit keinen Zugang mehr zu einer Sozialhilfeleistung haben, verlieren damit in der Regel auch den Krankenversicherungsschutz. Ich werde darauf hinwirken, gemeinsam mit dem Koalitionspartner, eine Lösung für diese Problematik zu finden, damit der

Krankenversicherungsschutz für zukünftige Fälle weiter erhalten bleibt oder wiedererlangt werden kann.

Beilage

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

